



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

## **Gesetzliche Grundlagen und Voraussetzungen zur Einbürgerung auf schweizerischer und kantonaler Ebene**

Die Schweizer Einbürgerungslandschaft ist stark fragmentiert. Da das Einbürgerungsverfahren dreistufig gestaltet ist – Gemeinde, Kanton und Bund – müssen nicht nur Kriterien auf Bundesebene, sondern auch kommunale und kantonale Kriterien erfüllt werden. Die Voraussetzungen für die Einbürgerung unterscheiden sich nicht nur zwischen den Kantonen. Auch innerhalb der Kantone gibt es von Gemeinde zu Gemeinde Unterschiede.

Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht über die kantonalen Anforderungen bei der Einbürgerung, den Wohnsitzfristen und Kosten. Zudem gibt sie Hinweise zu gewissen kommunalen Kriterien und wo weitere Informationen eingeholt werden können.

### **a) Voraussetzungen Bund**

	<b>Gesetzliche Grundlage</b>	<b>Voraussetzungen</b>	<b>Wohnsitzfristen</b>	<b>Kosten</b>
<b>CH</b>	<b>Bürgerrechtsgesetz Art. 14</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• In die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert</li><li>• vertraut mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten</li><li>• Achtung der Rechtsordnung</li><li>• keine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit</li></ul>	12 Jahre; die Jahre zw. vollendetem 10. und 20. Lebensjahr zählen doppelt	<ul style="list-style-type: none"><li>■ Ehepaar mit oder ohne minderjährige Kinder: CHF 150</li><li>■ Einzelperson mit oder ohne minderjährigen Kinder CHF 100</li><li>■ Minderjährige Einzelperson CHF 50</li></ul>

## b) Voraussetzungen Kantone

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Voraussetzungen (zusätzlich zu den Voraussetzungen des Bundes nach Art. 14 BüG)	Wohnsitzfristen	Kommunale Kriterien	Zuständige Behörde	Kosten Kanton
AG	<p>Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) vom 12. März 2013 - Verordnung über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüV) vom 16. Dezember 2015</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>mit den Lebensverhältnissen in der Schweiz, im Kanton und in der Gemeinde vertraut ist</li> <li>über ausreichende sprachliche und staatsbürgerliche Kenntnisse verfügt</li> <li>die Werte der Bundes- und der Kantonsverfassung achtet</li> <li>die öffentliche Sicherheit und Ordnung beachtet</li> <li>- am Wirtschaftsleben teilnehmen oder Bildung erwerben will</li> </ul>	5 Jahre im Kanton, drei Jahre in der Einbürgerungsgemeinde	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufenthalt von fünf Jahren im Kanton und mindestens ein dreijähriger ununterbrochener Wohnsitz in der Gemeinde vor Einreichung des Gesuchs</li> <li>Vertrautsein mit den Lebensverhältnissen in der Schweiz, im Kanton und in der Gemeinde</li> <li>Ausreichende sprachliche und staatsbürgerliche Kenntnisse</li> <li>Achtung der Werte der Bundes- und der Kantonsverfassung</li> <li>Beachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung</li> <li>Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben oder zum Erwerb von Bildung</li> </ul>	<p>Departement Volkswirtschaft und Inneres <a href="#">Link</a></p>	<p>Kantonal: Fr. 750.-- für Einzelperson Fr. 375.-- für ein einbezogenes Kind ab vollendetem 10. Lebensjahr</p> <p>Kommunal: Fr. 1'500.-- für Einzelperson Fr. 750.-- für ein einbezogenes Kind ab vollendetem 10. Lebensjahr</p>
AI	<p>Landsgemeindebeschluss über die Erteilung des Bürgerrechts vom 30. April 1972 Verordnung über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht vom 24. November 1997</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>mit den schweizerischen, kantonalen und örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut sind;</li> <li>sich in die lokalen Verhältnisse gut eingegliedert haben;</li> <li>die Rechtsordnung und die in der Schweiz geltenden Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens beachten;</li> <li>d) genügende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen.</li> </ul>	3 in den letzten 5 Jahren vor der Einreichung des Gesuches	Art. 6 Verordnung über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht regelt die Eignungskriterien für die Erteilung des Landes- und Gemeindebürgerrecht. Die Gemeinden haben Ermessensspielraum bei der Verleihung des Gemeindebürgerrechts.	<p>Grosser Rat (Legislative) (Art. 4 Verordnung) <a href="#">Link</a></p>	<p>Kantonal:</p> <p>a) Erwachsene ab vollendetem 20. Altersjahr, je Person Fr. 1'000.—</p> <p>b) in die Einbürgerung der Eltern bzw. eines Elternteils einbezogene unmündige Kinder, je Kind Fr. 100.—</p> <p>c) unmündige Bewerber nach erfülltem 16. Altersjahr Fr. 200.—</p> <p>d) mündige Bewerber bis zur Vollendung des 20. Altersjahres Fr. 500.—</p>

AR	Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht vom 26. April 1992	<ul style="list-style-type: none"> <li>• keine offenen fälligen Steuern</li> <li>• keine hängige Strafverfahren</li> <li>• keine offenen Betreibungen</li> <li>• Sprachnachweis Deutsch (telc/Goethe) für das Sprachniveau B1 *</li> <li>* Vom Sprachnachweis ausgenommen sind Personen mit Muttersprache Deutsch oder wer mindestens 6 Jahre obligatorische Schulbildung in der Schweiz absolviert hat.</li> </ul>	3 Jahre im Kanton	Die Gemeinden können zusätzlich zu den allgemeinen Voraussetzungen für eine Einbürgerung in Art. 3 des kant. Gesetzes über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht eigene Kriterien aufstellen.	Amt für Inneres Regierungsrat (Exekutive) (Art. 8 KBüG) <a href="#">Link</a>	Kantonal: a) unmündige Einzelperson Fr. 500.-- b) mündige Einzelperson Fr. 1'000.-- c) Ehepaar Fr. 1'500.-- d) Zuschlag pro einbezogenes Kind Fr. 150.--
BE	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 9. September 1996 Einbürgerungsverordnung vom 1. März 2006	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Rechtsordnung beachten. Das heisst zum Beispiel, dass Strafregisterauszüge keine Einträge enthalten dürfen</li> <li>• Keine Leistungen der Sozialhilfe beziehen oder bezogene Leistungen zurückbezahlt haben</li> <li>• In die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert sein</li> <li>• Mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut sein</li> <li>• Nachweislich über ausreichende Kenntnisse des schweizerischen und kantonalen Staatsaufbaus und seiner Geschichte verfügen.</li> <li>• Gute Sprachkenntnisse nachweisen</li> <li>• Über eine Niederlassungsbewilligung verfügen</li> </ul>	Mind. 2 Jahre ununterbrochen in der Einbürgerungsgemeinde (Art. 8 KBüG)	Die Gemeinden können in ihren Reglementen zusätzliche Umschreibungen und Präzisierungen zu den kant. Regeln vorsehen, sofern eine Gleichbehandlung aller Gesuchstellenden in der betreffenden Gemeinde gewährleistet bleibt.	Regierungsrat oder Direktion (Exekutive) (Art. 13 KBüG)  Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst - <a href="#">Link</a>	Kantonal: Einzelperson bis 25 J.: 550.- Ü 25 J.: 1'100.- Ehepaare ü 25: 1650.- Für mit eingebürgerte Kinder: keine Gebühren.  Kommunal: Ü 25 J.: reduziert Ü 25 J.: kostendeckend
BL	Bürgerrechtsgesetz vom 21. Januar 1993	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beherrschen der deutschen Sprache, so dass Verständigung mit Menschen der hiesigen Gesellschaft gut möglich ist und der Inhalt amtlicher Texte verstanden wird (Nachweis der Deutschkenntnisse auf Niveau B1);</li> <li>• Integration in die schweizerischen Verhältnisse, Teilnahme am sozialen Leben der hiesigen Gesellschaft und Kontakte zur schweizerischen Bevölkerung;</li> <li>• Vertrautsein mit den hiesigen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen;</li> <li>• Förderung und Unterstützung bei der Integration des Ehegatten und der minderjährigen Kinder;</li> <li>• Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Staatsform der Schweiz;</li> <li>• Beachtung der Rechtsordnung, insbesondere von deren Grundwerten; kein Eintrag im Strafregister wegen Verbrechen oder Vergehen, bei Jugendlichen keinen Eintrag wg einer Straftat.</li> </ul>	Maximal 5 Jahre in basellandschaftlicher Gemeinde 5 Jahre im Kanton (§ 11 KBüG)	Die Gemeinden sind verpflichtet, Einbürgerungsreglemente zu erlassen (§26 Abs. 1 kant. BüG). Die Gemeinden können in ihren Einbürgerungsreglementen eigene Einbürgerungskriterien festlegen.	Landrat (Legislative) (§ 6 KBüG) <a href="#">Link</a>	Kantonal: Max. 2000.-  Kommunal: Max. 2000.-

		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfüllung der öffentlich-rechtlichen und privaten Pflichten;</li> <li>• Keine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz;</li> <li>• Bei Bezug von Sozialhilfe (in den letzten 5 Jahren vor der Gesuchstellung oder bei Gesuchstellung) keine Verhängung von Massnahmen wegen schuldhafter Verletzung von Pflichten gemäss Sozialhilfegesetzgebung und kooperatives Verhalten gegenüber der Sozialhilfebehörde (§ 10 KBüG)</li> </ul>				
BS	Bürgerrechtsgesetz vom 29. April 1992 Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz vom 8. September 1992	<ul style="list-style-type: none"> <li>• einen guten Leumund besitzen,</li> <li>• mit den allgemeinen Lebensgewohnheiten und wichtigen öffentlichen Institutionen in Gemeinde, Kanton und Bund vertraut sind, die schweizerische Demokratie bejahen und die geltende Rechtsordnung respektieren,</li> <li>• ihren privaten und öffentlich-rechtlichen (Zahlungs-) Verpflichtungen nachkommen,</li> <li>• nachweislich über Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift verfügen, welche die Kommunikation im Alltag und mit öffentlichen Institutionen, respektive Behörden, ermöglichen (Sprachstandanalyse).</li> </ul>	3 in den letzten 5 Jahren vor Einreichung des Gesuchs im Kanton, wovon 2 Jahre (unmittelbar vor der Anmeldung) Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde	Die Gemeinden können keine zusätzlichen materiellen Voraussetzungen verlangen (§ 13 kant. BüG), haben aber Ermessensspielraum bei der Beurteilung.	Grosser Rat (Legislative) Regierungsrat bei Rechtsanspruch (Exekutive) (§ 27 BÜR) <a href="#">Link</a>	Kantonal: U 25 J.:Fr.600.- Ü 25J.:Fr.850.- Ehepaare Fr. 950.- mit oder ohne Kinder  Kommunal: U 25 J.: zw. Fr. 800.- und 1250.- Ü 25 j.: Zw. 1250.- und Fr. 1'950.-
FR	Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht vom 15. Nov. 1996 Ausführungsreglement vom 19.Mai 2006	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtmässiger Aufenthalt im Kanton während mindestens 3 Jahren, wovon 2 in den letzten 5 Jahren vor der Gesuchstellung</li> <li>• Bereitschaft einer Gemeinde, die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller als Bürgerin oder als Bürger aufzunehmen</li> <li>• Verbundenheit mit dem Kanton, welche die Eingliederung bezeugt (die Integrationsvoraussetzungen müssen beide Ehegatten erfüllen, auch wenn einer von ihnen nicht in Einbürgerung einbezogen ist)</li> <li>• Bereitschaft zur Erfüllung der Bürgerpflichten (z.B. Militärdienst)</li> <li>• Keine Verurteilung wegen einer schweren Straftat in den letzten 5 Jahren vor der Gesuchstellung</li> <li>• guter Leumund</li> </ul>	Rechtmässiger Aufenthalt im Kanton während mindestens 3 Jahren, wovon 2 in den letzten 5 Jahren vor der Gesuchstellung	Die Gemeinden können zusätzliche materielle Voraussetzungen verlangen, das kommunale Verfahren regeln und innerhalb des vom Kanton vorgegebenen Rahmens die Gebühr festlegen. Art. 6 kant. BüG ist nicht abschliessend.	Grosser Rat (Legislative) (Art. 13 BRG). <a href="#">Link</a>	Kantonal: 800.- bis 1500.-

GE	Loi sur la nationalité genevoise du 13 mars 1992 Règlement d'application de la loi sur la nationalité genevoise du 15 juillet 1992	<ul style="list-style-type: none"> <li>avoir avec le canton des attaches qui témoignent de son adaptation au mode de vie genevois</li> <li>ne pas avoir été l'objet d'une ou de plusieurs condamnations révélant un réel mépris de nos lois</li> <li>jouir d'une bonne réputation</li> <li>avoir une situation permettant de subvenir à ses besoins et à ceux des membres de sa famille dont il a la charge ne pas être, par sa faute ou par abus, à la charge des organismes responsables de l'assistance publique</li> <li>s'être intégré dans la communauté genevoise, et respecter la déclaration des droits individuels fixée dans la constitution du 24 mai 1847 (Art. 12 LNat)</li> </ul>	2 ans dans le canton d'une manière effective, dont les 12 mois précédant l'introduction de sa demande	Die Regelung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes ist abschliessend, die Gemeinden haben keine Kompetenz noch andere Anforderungen zu stellen (Art. 12 LNat).	Conseil d'Etat (Exekutive) (Art. 18 LNat) <a href="#">Link</a>	Cantonal: U 25 J.: 500.- Ü 25 J.: 920.-
GL	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 2. Mai 1993	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ist in die schweizerischen, kantonalen und kommunalen Verhältnisse eingegliedert</li> <li>Ist mit den Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut</li> <li>Verfügt über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zur Verständigung mit den Behörden sowie der einheimischen Bevölkerung</li> <li>Beachtet die schweizerische Rechtsordnung, insbesondere die Verfassung und die Gesetze</li> <li>Ist in der Lage, den Lebensunterhalt für sich und die im gleichen Haushalt lebenden Familienangehörigen aus eigenen Mitteln zu bestreiten</li> <li>Erfüllt die öffentlichen und privaten finanziellen Verpflichtungen</li> <li>Gefährdet die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht</li> <li>Verfügt über den Prüfungsausweis (bestandener Vorbereitungskurs für die Einbürgerung) der kantonalen Fachstelle für Integration in Glarus</li> </ul>	6 Jahre im Kanton, wovon die letzten 3 in der Einbürgerungsgemeinde		Regierungsrat (Exekutive) <a href="#">Link zur Gemeinde Glarus</a> <a href="#">Link zur Gemeinde Glarus Nord</a>	Kantonal und Kommunal gesamt: Pro Person max. 2500.- Minderjährige ohne Gebühr
GR	Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden vom 31. August 2005 Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden vom 13. Dezember 2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>in die kantonale und kommunale Gemeinschaft integriert ist;</li> <li>mit den kantonalen und kommunalen Lebensgewohnheiten und Verhältnissen sowie einer Kantonssprache vertraut ist;</li> <li>die schweizerische Rechtsordnung beachtet;</li> <li>die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet und</li> <li>über eine gesicherte Existenzgrundlage verfügt</li> </ul>	6 Jahre, wovon 3 in den letzten 5 Jahren.  Gemeinden: zwischen 4 bis 12 Jahre	Die Bürgergemeinden erlassen Vorschriften über die Erteilung, Zusicherung und Verweigerung des Gemeindebürgerrechts, soweit die Gesetzgebung des Bundes und des Kantons keine Bestimmungen enthalten. (Art. 10)	Regierungsrat (Exekutive) (Art. 9 KBüG) <a href="#">Link</a>	Erwachsene Fr. 100 bis 1100.- Ehepaar/eingetragene Partnerschaft ohne Kinder: Fr. 150 bis 1 400 „it Kinder: Fr. 150.– bis 1 600.– Elternteil mit Kindern Fr. 100.– bis 1 300.– Unmündige Einzelperson Fr. 100.– bis 900.–

JU	Loi sur le droit de cité du 9 novembre 1978 Décret concernant l'admission au droit de cité communal et cantonal et la libération des liens de ce droit de cité du 6 décembre 1978	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vous habitez et travaillez en Suisse depuis douze ans (les années passées entre 10 et 20 ans d'âge comptant double) ?</li> <li>• Vous êtes bien intégré et vous vous considérez comme un citoyen à part entière ?</li> <li>• Vous comprenez et parlez la langue française et êtes exempt de dettes ?</li> <li>• Vous remplissez donc les conditions pour faire une demande d'acquisition de nationalité suisse et jurassienne.</li> </ul>	2 Jahre in der Einbürgerungsgemeinde	Die Gemeinden dürfen ihre eigenen Reglemente erlassen, müssen dabei aber Art. 3, 4, 5 und 6 LDC beachten (Art. 2 Abs. 2 LDC).	Gouvernement (Exekutive) (Art. 18 Décret) <a href="#">Link</a>	Kantonal : U 25 J.:Fr 200.- Ü 25 J.:Fr 500-1000.-
LU	Bürgerrechts-gesetz vom 21. November 1994 Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz vom 9. Mai 1995	<ul style="list-style-type: none"> <li>• straf- und betreibungsrechtlicher Leumund</li> <li>• Integration gemäss den Informationen von Gemeinden</li> <li>• Zivilstandsfragen wie Namensführung u.ä.</li> </ul>	mindestens 3 Jahre in Einbürgerungsgemeinde	Ermessensspielraum der Gemeinden um unklare oder unbestimmte Gesetzesbegriffe auszulegen und anzuwenden und sogar um entsprechende Richtlinien zu erlassen.	Justiz- und Sicherheitsdepartement (Exekutive) (§ 10 KBÜG) <a href="#">Link</a>	Kantonal: U18 J, eigenes Gesuch: 150.- Ü18 J: 350.- Ehepaar, gemeinsam: 400.-
NE	Loi sur le droit de cité neuchâtelois du 7 novembre 1955	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>être intégré(e) dans la communauté suisse</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ notamment par une intégration sociale et culturelle ainsi que par la volonté de participer à la vie économique ou la volonté d'acquérir une formation</li> </ul> </li> <li>• <b>être accoutumé(e) au mode de vie et usage suisses</b></li> <li>• <b>avoir des connaissances suffisantes du français</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ minimum niveau A2 du Portfolio européen des langues (PEL)</li> </ul> </li> <li>• <b>se conformer à l'ordre juridique suisse</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ ne pas avoir de poursuites en cours et/ou actes de défauts de biens ouverts, ainsi que des dettes envers l'Etat faisant l'objet d'acte de défaut de biens.</li> <li>○ être totalement à jour dans le paiement des contributions fiscales</li> <li>○ ne pas avoir d'inscription au casier judiciaire et/ou d'enquête pénale en cours</li> <li>○ respecter la constitution et les lois suisses</li> </ul> </li> <li>• <b>ne pas compromettre la sûreté intérieure et extérieure de la Suisse</b></li> </ul>	die 3 letzten Jahre vor der Gesuchseinreichung ununterbrochen im Kanton		Conseil d'Etat (Exekutive) (Art. 22) <a href="#">Link</a>	Cantonal: entre CHF 500.- et 1'370.-  Communal entre CHF 100.- et 150.-

NW	Gesetz über Erwerb und Verlust des Kantons- und des Gemeindebürgerrechts vom 27. April 1969 Vollziehungsverordnung vom 14. Juni 1969	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse;</li> <li>• Vertrautsein mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen;</li> <li>• Beachten der schweizerischen Rechtsordnung</li> <li>• keine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz.</li> </ul>	die letzten 6 Jahre vor Gesuchseinreichung ununterbrochen im Kanton, wovon die letzten 3 Jahre ununterbrochen in der Einbürgerungsgemeinde	Art. 12 kant. BÜG enthält einen Katalog von Eignungskriterien. Die Gemeinden können aber zusätzliche Anforderungen stellen.	Landrat (Exekutive) (Art. 20 KBÜG) <a href="#">Link</a>	
OW	Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts vom 17. Mai 1992 Verordnung vom 27. Januar 2006	<ul style="list-style-type: none"> <li>• in die obwaldnerischen Verhältnisse eingegliedert ist;</li> <li>• mit den obwaldnerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist;</li> <li>• die Rechtsordnung beachtet und die öffentlichen und privaten Pflichten erfüllt;</li> <li>• die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet.</li> </ul> Kenntnisse über: <ul style="list-style-type: none"> <li>• allgemeine Rechte und Pflichten, insbesondere jene, die aus dem Bürgerrecht fließen;</li> <li>• Aufbau und Inhalt des Staats- und Gemeinwesens;</li> <li>• Geschichte und Geographie</li> </ul>	5 Jahre im Kanton	Gemeinden können eigene Reglemente erlassen, um zusätzliche Kriterien zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts aufzustellen	Kantonsrat (Legislative) (Art. 6 Bürgerrechtsverordnung) <a href="#">Link</a>	Kantonal: Unmündige nichterwerbstätige Personen, Schüler, Studenten, Lehrlinge: Fr. 800.– Einzelpersonen: Fr. 1'000.– Ehepaar: Fr. 1'600.– Pro Kind: Fr. 300.–
SG	Gesetz über Erwerb und Verlust des Kantons- und des Gemeindebürgerrechts vom 03.08.2010 Verordnung über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 19.10.2010	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die ausländische Person integriert ist, das heisst insbesondere die rechtsstaatliche Ordnung (Beachtung der schweizerischen Rechtsordnung) sowie die Werte der Bundesverfassung respektiert und sich dazu ausdrücklich bekennt. Es sind soziale Beziehungen mit der schweizerischen Gesellschaft (beispielsweise am Arbeitsplatz, mit der Nachbarschaft, in der Kirche, in einem Quartier oder Verein) zu pflegen. Zudem muss sie über gute Deutschkenntnisse (mindestens Erreichung des Referenzniveaus B1) zur Verständigung mit den Behörden und der einheimischen Bevölkerung verfügen.</li> <li>• die ausländische Person mit den schweizerischen und örtlichen Lebensverhältnissen vertraut ist, das heisst am öffentlichen Geschehen interessiert ist und darüber Bescheid weiss sowie die Grundsätze von Staatsaufbau und Geschichte kennt.</li> </ul>	8 Jahr im Kanton St. Gallen, davon 4 Jahre Wohnsitz ununterbrochen in st.gallischer Gemeinde	Die Gemeinden können eigene materielle Voraussetzungen (va. Wohnsitzdauer und Gebühren) in Gemeindereglementen festlegen (Art. 10ter kant. BÜG). Die kommunalen Anforderungen können die kantonalen übersteigen.	Regierungsrat (Exekutive) (Art. 11 KBÜG) <a href="#">Link</a>	Kantonal: bis 2000.-

SH	Bürgerrechtsgesetz vom 23. September 1991 Verordnung zum Bürgerrechts-gesetz vom 12. Dezember 2006	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eingliederung in die kommunalen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse</li> <li>• Vertrautsein mit den Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen</li> <li>• Beachtung der schweizerischen Rechtsordnung, keine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz</li> <li>• Kenntnis der mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten</li> <li>• Ausreichende Sprachkenntnisse zur Verständigung mit Behörden, Mitbürgerinnen und Mitbürgern</li> <li>• Geordnete persönliche und finanzielle Verhältnisse</li> </ul>	2 Jahre im Kanton und in der Einbürgerungsgemeinde	Die Gemeinden können zusätzlich zu den Anforderungen im kant. BüG eigene Kriterien aufstellen (Art. 6, Art. 7 kant. BüG).	Regierungsrat (Exekutive) (Art. 10 KBüG) <a href="#">Link</a>	Kantonal und Kommunal: je 1500.-
SO	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 6. Juni 1993 Vollzugsverordnung vom 4. Dezember 2006	<p>a) handlungsfähig sind oder die gesetzliche Vertretung dem Gesuch zugestimmt hat;</p> <p>b) die schweizerische Rechtsordnung beachten;</p> <p>c) ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen;</p> <p>d) genügende Sprachkenntnisse zur Verständigung mit Behörden, Mitbürgerinnen und Mitbürgern besitzen;</p> <p>e) die mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten kennen und verstehen;</p> <p>f) mit den örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut sind.</p>	2 Jahre in der Gemeinde, 6 Jahre total im Kanton	Ermessensspielraum der Gemeinden um unklare oder unbestimmte Gesetzesbegriffe auszulegen und anzuwenden und sogar um entsprechende Richtlinien zu erlassen.	Regierungsrat (Exekutive) (§ 16 KBüG) <a href="#">Link</a>	
SZ	Gesetz über Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts vom 19. Februar 1970 Vollziehungsverordnung vom 7. Dezember 1970 Verordnung über vorläufige Regelungen zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts vom 26. August 2003	<ul style="list-style-type: none"> <li>• eine Charta unterzeichnen, mit der sie bekunden, die grundlegenden Werte der Verfassung zu akzeptieren;</li> <li>• mit den schweizerischen, kantonalen und örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut sind;</li> <li>• die mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten kennen und beachten wollen;</li> <li>• ausreichende Sprachkenntnisse zur Verständigung mit Behörden und Mitbürgern haben;</li> <li>• geordnete persönliche, familiäre und finanzielle Verhältnisse nachweisen können</li> <li>• Dazu gehören Grundkenntnisse insbesondere in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschichte und Geographie;</li> <li>- Demokratie und Föderalismus;</li> <li>- politische Rechte;</li> <li>- soziale Sicherheit;</li> <li>- Schule und Ausbildung</li> </ul> </li> </ul>	5 Jahre ununterbrochen in Gemeinde	Die Gemeinden können weitere Voraussetzungen aufstellen.	Kantonsrat (Legislative) (§ 13 KBüG) <a href="#">Link</a>	Kantonal: Einzelpersonen Fr. 100.-- bis 500.-- Ehepaare/ registrierte Partnerschaften /Familien Fr. 100.-- bis 1000.--



TG	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 14. August 1991 Verordnung des Regierungsrates 8. Dezember 1992	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Bewerber muss in die örtlichen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse eingegliedert sein.</li> <li>• Er muss mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut sein.</li> <li>• Er muss die schweizerische Rechtsordnung beachten, und er darf die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden.</li> <li>• Er muss über eine ausreichende Existenzgrundlage verfügen.</li> </ul>	6 Jahre im Kanton, wovon 3 Jahre in der Einbürgerungsgemeinde	Bsp. Stadt Frauenfeld: <ul style="list-style-type: none"> <li>• mündliche Sprachkompetenz bei Niveau B1/schriftliche Sprachkompetenz bei Niveau A2</li> <li>• Arbeitsstelle / eine Lehrstelle innehaben.</li> <li>• in der Lage, für sich und die Familie aufzukommen</li> <li>• in den letzten drei Jahren keine Sozialleistungen bezogen</li> <li>• bezogene Sozialleistungen zurückbezahlt</li> <li>• in den letzten drei Jahren nicht betrieben</li> <li>• Steuern regelmässig bezahlt, keine Steuerforderungen vorhanden</li> <li>• bedingte Strafe zwei bis zehn Jahre her (je nach Schwere des Vergehens)</li> <li>• keine Einträge im schweizerischen Strafregister</li> <li>• Verhalten am Arbeitsplatz / an der Lehrstelle / in der Schule tadellos</li> </ul>	Regierungsrat (Exekutive)	Kantonal: U 18J: 400.- Ü 18J: 800.- Ehepaar: 1600.-  Stadt Frauenfeld: U 18J: 780.- Ü 18j: 1550.- Ehepaar: 2350.-
TI	Legge sulla cittadinanza ticinese e sull'attinenza comunale dell'8 novembre 1994 Regolamento del 10 ottobre 1995	<ul style="list-style-type: none"> <li>• si è integrato nella comunità svizzera;</li> <li>• si è familiarizzato con il modo di vita e gli usi e costumi svizzeri;</li> <li>• si conforma all'ordine giuridico svizzero;</li> <li>• non compromette la sicurezza interna o esterna della Svizzera</li> </ul>	5 Jahre im Kanton, 3 Jahre in der Einbürgerungsgemeinde	Die Gemeinden können die kantonale Gesetzgebung mit eigenen Kriterien ergänzen (Art. 14 LCCit).	Gran Consiglio (Legislative) <a href="#">Link</a>	Kantonal: 640.-

UR	Gesetz über den Erwerb des Landrechtes des Kantons Uri vom 5. Mai 1935	<ul style="list-style-type: none"> <li>• in die kommunalen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist;</li> <li>• mit den Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist;</li> <li>• einen guten Leumund besitzt, die Schweizerische Rechtsordnung achtet und die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet (kein Strafregistereintrag);</li> <li>• die mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten kennt (staatskundlicher Test);</li> <li>• ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zur Verständigung mit Behörden, Mitbürgerinnen und Mitbürgern besitzt (Sprachenstandnachweis B1 mündlich);</li> <li>• geordnete finanzielle Verhältnisse aufweist</li> </ul>	5 Jahre ununterbrochen in Kanton und Einbürgerungsgemeinde	Die Gemeinden können eigene materielle Einbürgerungsvoraussetzungen zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts festlegen (eigene Reglemente in den Gemeinden Altdorf, Flüelen, Isenthal und Schattdorf).	Landrat (Legislative) (Art. 1) <a href="#">Link</a>	Kanton Vom 12. Bis 19. Altersjahr: 500.- Ab 20. Altersjahr, Ehepaare mit und ohne Kind: Fr. 1'000.00 Kommunal: Anlehnung Gebührenhöhe an Ansätzen Kanton. Somit i.d.R. : Fr 1'000.- bzw. Fr.500.-
VD	Loi sur le droit de cité vaudois du 28 septembre 2004	<ul style="list-style-type: none"> <li>• être intégré dans la communauté suisse</li> <li>• être accoutumé au mode de vie et aux usages suisses</li> <li>• <input type="checkbox"/> se conformer à l'ordre juridique suisse</li> </ul>	3 Jahre im Kanton, bis zu 3 Jahre in der Gemeinde	Die Einbürgerungsvoraussetzungen sind in Art. 8 LDCV geregelt. Die Gemeinden haben Ermessensspielraum bei der Beurteilung und können eigene Wohnsitzerfordernisse festlegen, die aber jene des kantonalen Rechts nicht überschreiten dürfen (Art. 10 LDCV).	Conseil d'Etat (Exekutive) (Art. 4 LDCV) <a href="#">Link</a>	Cantonal: Individuel: 350.- Familie(couple avec ou sans enfant, parent avec un ou plus enfants): 450.-  Communal : Individuel : 0.- à 400.- Fr Familie : 0.- à 400.- Fr
VS	Gesetz über das Walliser Bürgerrecht vom 18. November 1994 Reglement betreffend den Vollzug des Gesetzes über das Walliser Bürgerrecht vom 28. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> <li>• in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert und mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut sein</li> <li>• die schweizerische Rechtsordnung beachten und die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden</li> <li>• genügend Kenntnisse einer der beiden offiziellen Sprachen des Kantons besitzen</li> <li>• in die Walliser Gemeinschaft integriert sein und genügende Nachweise guter Führung beibringen</li> <li>• die Verfassungsgrundsätze und die schweizerische Rechtsordnung akzeptieren und respektieren</li> </ul>	5 Jahre im Kanton, 3 Jahre in der Einbürgerungsgemeinde	Gemeinden können ihre eigenen Reglemente erlassen, um eigene Kriterien zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts aufzustellen.	Grosser Rat (Legislative) (Art. 1bis Gesetz) <a href="#">Link</a>	Kantonal: Einzel: 300.- Ehegatten / Familie 500.- zuzüglich Gesundheitskosten 50.-  Kommunal: 500-1000.-

ZG	<p>Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts vom 3. Sept. 1992 Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts vom 25. November 1992</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ob die Bewerberin oder der Bewerber mit den schweizerischen, kantonalen und örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut ist,</li> <li>• die mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten kennt und beachten will,</li> <li>• genügende Sprachkenntnisse zur Verständigung mit Behörden und Mitbürgern besitzt und</li> <li>• geordnete persönliche, familiäre und finanzielle Verhältnisse nachweisen kann.</li> </ul>	<p>5 Jahre im Kanton, wovon die letzten 3 Jahre ununterbrochen in der Einbürgerungsgemeinde</p>	<p>Die Bürgergemeinden haben ein Reglement zu erlassen, worin im Rahmen des kant. Bürgerrechtsgesetzes die Voraussetzungen für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts und die Grundsätze für die Bemessung der Einbürgerungstaxen festzulegen sind. Das Reglement bedarf der Genehmigung des Regierungsrates (§ 15 kant. BÜG).</p>	<p>Kantonsrat (Legislative) (§ 21 KBÜG) <a href="#">Link</a></p>	<p>Kantonal: zw. 400.- und 2400.-  Kommunal: max. 2400.-</p>
ZH	<p>Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 Bürgerrechtsverordnung vom 25. Okt. 1978</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>Integration</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die einbürgerungswillige Person muss integriert sein. Dazu muss sie: <ul style="list-style-type: none"> <li>• in die schweizerischen und örtlichen Verhältnisse <b>eingegliedert</b> sein,</li> <li>• mit den Verhältnissen und Lebensformen in der Schweiz, im Kanton und in der Gemeinde <b>vertraut</b> sein,</li> <li>• über <b>Grundkenntnisse der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse</b> in der Schweiz, im Kanton und in der Gemeinde verfügen.</li> </ul> </li> <li>• <b>Wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die einbürgerungswillige Person muss in der Lage sein, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und sich und ihre Familie zu erhalten. Dies setzt voraus, dass: <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Lebenskosten und Unterhaltsverpflichtungen</b> durch Einkommen, Vermögen und Rechtsansprüche gegen Dritte gedeckt sind (Sozialhilfe gilt nicht als Rechtsanspruch gegen Dritte),</li> <li>• im <b>Betreibungsregister</b> für die letzten 5 Jahre <b>keine Verlustscheine, keine Betreibungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und keine Betreibungen wegen ausstehenden Krankenkassenprämien</b> eingetragen sind,</li> <li>• die <b>Verpflichtungen gegenüber den Steuerbehörden</b> für die letzten 5 Jahre erfüllt worden sind.</li> </ul> </li> </ul> </li> </ul> </li> </ul>	<p>Mind. 2 Jahre ununterbrochen in der Einbürgerungsgemeinde</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- strengere Anforderungen bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse und Art und Dauer des Wohnsitzes</li> <li>- Verzicht auf die Erfüllung einzelner Voraussetzungen oder auf Einkaufsgebühr (§ 22 Gemeindegesetz, § 22 BÜV)</li> </ul>	<p>Direktion des Innern (Exekutive)  Abteilung Einbürgerungen - <a href="#">Link</a></p>	<p>Kantonal: U 25J.: Fr. 250.- Ü 25J.: Fr. 500.-  Verfahren mit Kinder: keine Gebühren.</p>

		<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Beachten der Rechtsordnung</b></li><li>• Die einbürgerungswillige Person muss die schweizerische Rechtsordnung beachten. Dazu ist erforderlich, dass:</li><li>• <b>kein Eintrag im Strafregisterauszug</b> (Privatauszug) besteht,</li><li>• <b>Strafen gemäss Jugendstrafgesetz vollzogen</b> sind,</li><li>• <b>Schutzmassnahmen gemäss Jugendstrafgesetz aufgehoben</b> sind,</li><li>• <b>kein Strafverfahren</b> hängig ist.</li></ul>				
--	--	--	--	--	--	--